geschwiegen und ist nicht noch einmal darauf eingegangen, daß Dr. Stresemann mit der Nennung der Summe von 20 Goldmilliarden als ein auch heute noch geltendes Angebot über seine, des Ministers, Deduktion hinausgegangen ist. Das hat sogar verschiedentlich Verwunderung erregt. Der Grund dürfte aber leicht zu erraten sein. Er ist einfach darin zu suchen, daß ein erneutes Eingreifen in die Debatte sowohl außen- wie innenpolitisch sicherlich nur mehr schaden als nützen konnte. Herr v. Rosenberg hat gesagt, was von Seite der Reichsregierung ihrer Meinung nach im Augenblick gesagt werden konnte, und es ist für jeden, der lesen kann und verstehen will, deutlich genug gewesen. Sich selbst zu interpretieren, hatte er darum um so weniger Anlaß, als er damit sicher nur den Effekt erzielt haben würde, daß er dem einen nun wieder nicht weit genug und dem andern zu weit ging. Außerdem sog außenpolitisch auch vom taktischen Standpunkt gesehen, das stärkste Lieb fraglos auf den programmatischen Ausführungen Stresemanns, wobei man zu ihrer restlosen Würdigung noch wissen muß, daß sie in der vorliegenden Form gerade von einem so flug wägenden Politiker wie Stresemann nicht gemacht worden wären, wenn dieser nicht völlig konform mit der Gesamtheit seiner Fraktion, ja wahrscheinlich sogar nach genauer vorheriger Fühlungnahme mit den dabei in erster Linie in Frage kommenden Persönlichkeiten der Fraktion, hätte operieren können.

Alles in allem, diese Reichstagsdebatte hat manche, für die Zukunft sehr wesentliche Tatsachen zutage gefördert. Sie hatte in den Reden, auf die es ankam, Niveau, und sie hat gezeigt, daß das Parlament in der Tat Sprachrohr der Nation werden kann. Wollen wir also hoffen, daß ein Präzedenz geschaffen wurde, dem das hohe Haus künftig mit Eifer und Erfolg nachleben wird.

Stbn.

Rußlands politische Lage.

OE (Drahtbericht) Moskau, 17. April.

Heute ist in Moskau der 12. Parteikongreß der Russischen Kommunistischen Partei eröffnet worden, der über die weitere Politik der Partei und somit des Sowjetstaates zu beschließen hat. In den leitenden Kreisen scheint man sich dahin geeinigt zu haben, keine wesentliche Aenderung an der bisherigen Taktik vorzunehmen. Der stellvertretende Vorsitzende im Rate der Volkskommissare Kamenew sprach in seiner Eröffnungsrede die Hoffnung aus, daß Lenin von seiner schweren Krankheit genesen und wieder das Ruder der Revolution in die Hand nehmen werde.

Darauf erstattete Sinowjew im Auftrage des Zentralkomitees der Partei Bericht über die politische Lage. Sowjetrußland habe nunmehr seinen Rückzug auf wirtschaftspolitischem Gebiet abgeschlossen. Dies habe jedoch die Belebung der Handelsbeziehungen Rußlands mit dem Auslande nicht gehemmt. In 18 Auslandsstaaten bestanden Sowjetvertretungen, mit 9 Staaten würden darüber Verhandlungen geführt. Die Grundlage der sowjetrussischen Außenpolitik werde der Kontakt mit den erwachenden Völkern des Ostens und den vom Ententeimperialismus geknechteten Ländern werden. Doch würde Sowjetrußland zugleich jede Annäherung an die Ententeländer freudig begrüßen, insbesondere an Frankreich, wo die Mehrzahl der Bevölkerung russische Sympathien hege. Auch wäre es wünschenswert, daß die englisch-russischen Beziehungen sich glatter als gegenwärtig entwickelten. Die darauf hinzielende Verständigung mit Japan und mit China sei zu begrüßen. Natürlich wäre auch eine Annäherung an Amerika nicht abzulehnen.

Was die Weltrevolution zwischen Bürgertum und Proletariat betrifft, so offenbare sich dieser Kampf in dem Versuch, die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands für die internationale Politik nutzbar zu machen und Rußland zur Abschaffung des Außenhandelsmonopols zu drängen. Dies dürfe der Sowjetstaat jedoch nimmermehr gutheißen; dies sei auch die Meinung Lenins. Auf dem Gebiete des Außenhandels sei eine stetige Zunahme der Ausfuhr zu verzeichnen, sodaß man binnen 3 Jahren auf eine aktive Handelsbilanz rechnen dürfe. Es lägen zurzeit 460 ausländische Konzessionsbewerbungen vor, darunter 66 amerikanische, 55 englische und 50 französische. 26 Konzessionsverträge seien bereits abgeschlossen, wonach 30 Millionen Goldrubel Auslandskapital in der russischen Wirtschaft investiert und Auslandskredite in Höhe von 15 Millionen gewährt würden. Dies sei zwar wenig, aber schon ein erster Schritt.

Eine Niederlage Moskaus in Italien.

EP Mailand, 18. April.

Die Moskauer Richtung der Maximalisten-Partei hat im Kongreß der Maximalisten in Mailand eine Niederlage erlitten. Mit über 400 Stimmen Mehrheit ist der Antrag der sogenannten sozialistischen Verteidigung angenommen worden, der die 14 Punkte von Moskau und die Verschmelzung mit den Kommunisten ablehnt. Die maximalistische Parteileitung wurde neugewählt. Für die Leitung des „Avanti" ist eine dreigliedrige Redaktionskommission aufgestellt worden.

Irland hebt die 26 Proz. Reparationsabgabe auf.

Berlin, 18. April.

Nach Mitteilung der irischen Zollverwaltung wird vom 1. d. M. ab im irischen Freistaat die Reparationsabgabe von 26 Prozent von deutschen Waren nicht mehr erhoben.

Verhaftung des Erzbergermörders?

TU **Berlin**, 18. April.

Einem Saalfelder Blatt ist eine Meldung zugegangen, wonach der Kaufmann Schulz aus Saalfeld, der des Mordes an Erzberger beschuldigt wird, in Genua verhaftet worden sei. Am Berliner zuständigen Stellen ist von einer solchen Verhaftung bisher nichts bekannt.

Der Reichspräsident hat gestern den neu ernannten Königlich schwedischen Gesandten Freiherrn von Ramel zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen von Rosenberg zugegen.

*

Für den Posten des polnischen Gesandten in Deutschland ist der gegenwärtige Leiter der polnischen Delegation bei den Dresdner Verhandlungen, Kasimir Olszowski, endgültig ausersehen. Das Agrement für Olszowski ist bei der Reichsregierung nachgesucht.

*

Der Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtages genehmigte die Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abgeordneten Blumtritt wegen Landesverrates und die Strafverfolgung des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Hitler wegen angeblicher Beihilfe bei Bannerschändungen.

*

Die ungarische Regierung beauftragte ihren Gesandten in Prag, wegen der wiederholten Grenzverletzungen durch tschechische Militärformationen, vorstellig zu werden.

Schluß der großen politischen Aussprache.

Von Helfferich bis Breitscheid.

Den dritten Tag der großen Debatte im Reichstag eröffnete Präsident Loebe mit der Mitteilung von dem schweren Autounfall, den der Abg. Geyer (Soz.) erlitten hat. Er wünscht dem Verletzten baldige Genesung. — Der Abg. Malzewitz (Dnatl.) hat sein Amt als Schriftführer niedergelegt. Ein Gesetzentwurf betreffend Anpassung des § 87 des Betriebsrätegesetzes an die Geschäftsverteilung wird angenommen.

Die Aussprache über die auswärtigen Angelegenheiten wird beim Auswärtigen Amt fortgesetzt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) betont es als notwendig, daß absolute Klarheit über die Ansichten der Regierung herrsche, und daß alle Mißverständnisse beseitigt werden müßten. Leider war die Rede des Außenministers in verschiedenen Punkten mehrfacher Deutung fähig. Auch die demokratische Fraktion war nicht einmütig der Meinung, daß in der Rede ein formelles Angebot Deutschlands zu erblicken sei. Erst durch Abstimmung wurde dort festgestellt, wie die Rede aufzufassen sei. **Selbstverständlich ist das Festhalten am passiven Widerstand. Der Standpunkt der Regierung darf sich da weiterkommen mit dem untätigen.** Der Gedanke bewaffneten Kampfes ist von allen Seiten abgelehnt worden. Selbst Herr v. Graefe hat sich darauf beschränkt, von einem aktiven Kampf nur gegen Polen zu sprechen. Leider ist zu befürchten, daß der Graefesche Zaudranz sich einmal gegen Deutsche anstatt gegen Polen wendet. Wir müssen gegen Deutsche unsauft gegen Polen werden. Wir müssen gegen kämpfen. Mit Genugtuung stellen wir das Bekenntnis des Ministers zum Reparationswillen fest. **Dagegen sind wir der Ansicht, daß ein positives Angebot an die Entente nicht vorliegt** usw. Auch die Bergarbeiter haben ein solches Angebot gefordert. **Auf die Arbeiterregierung zusammen mit den Kommunisten müssen wir verzichten.** Ministerstürzer sind wir auch nicht. Unsere Zukunft wird durch längeren Widerstand nicht besser. Auch andere Völker als die Arbeiter leiden im Ruhrrevier. Denken Sie an die wachsende Arbeitslosigkeit, lesen Sie die Berichte vom Geldmarkt, dann werden Sie gleich uns baldige Beendigung des Abenteuers wünschen. Amerika und England werden sich nicht einmischen. Der Redner fragt die Regierung, **ob von England irgendeine positive Anregung über ein deutsches Angebot erfolgt ist.** Bei einer Prüfung unserer Leistungsfähigkeit durch fremde Sachverständige könnten wir schlechter abschneiden, als bei einem direkten Angebot. Die Mehrheit des französischen Volkes ist mit Tardieu und Poincaré nicht identisch. (Unruhe und Zurufe rechts.) Es liegt ein Reparationsplan von Barthou und de la Croix vor. Es handelt sich um 35 bis 36 Goldmilliarden nach Abzug der englischen Forderungen. Dies ist doch immerhin ein diskutierbarer Plan. Unsere Leistungen hängen von der internationalen Anleihe ab. Reparation ohne tätsächliche Hypothek auf dem Besitz ist unmöglich. Ein Gottesfriedenspakt auf längere Zeit sei wünschenswert. Es müsse endlich zu einer Verständigung mit Frankreich kommen.

Abg. Dr. Lauscher (Str.) schildert die Lage am Rhein, die sich wesentlich verschärft habe. **Unerhört sei die Ausweisung des Reichskommissars Fürst Hatzfeldt.** Der Redner dankt dem Papst für seine sympathische Haltung und den Ausländern, soweit es sich der deutschen Not angenommen habe. **Wir sind gegen alle Pläne zur Neutralisierung des Rheinlandes.** Man hat die öffentliche Meinung Frankreichs systematisch über die wahre Gesinnung der Rheinlande getäuscht. Wir wünschen gütlichen die Verständigung mit Frankreich; aber Frankreichs Verhalten muß die Ablehnung des Rheinlandes verschärfen. Auch für das Rheinland muß das Selbstbestimmungsrecht der Völker gelten. Wenn aber das Rheinland entscheiden wird, dann muß Volksabstimmung verlangen. Der Redner erklärt sich **mit einem deutschen Angebot, ähnlich dem englischen Vorschlag, einverstanden.** Es dürfe aber nicht mehr angeboten, als gelestet werden kann. Es ist Pflicht der deutschen Regierung, den Erfüllungswillen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu bekunden.

Staatssekretär Freiherr von Malsahn gibt zur Beseitigung des Reichskommissariats für die besetzten rheinischen Gebiete eine Erklärung ab, in der er die außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit des Reichskommissariats hervorhebt. Diese Behörde sei von Anfang an den Franzosen ein unliebsames Hindernis gewesen. Die Rheinlandkommission hat sich zum Werkzeug der Verwirklichung des Planes der Abtrennung gemacht. Der Staatssekretär erklärt weiter auf die Frage nach der Stellung der Regierung zur Verwendung französischer und belgischer Offiziere in der Interalliierten Militärkontrolle, daß die Reichsregierung das Gesuch, aus dem heraus die Interpellation entstanden ist, würdigt und achtet. Wir bitten, zur Regierung das Vertrauen zu haben, daß sie auch in dieser schmerzlichen Angelegenheit bemüht ist, mit den Pflichten eines unterschriebenen Vertrages die ungeschriebenen Pflichten gegen das gequälte Volk zu vereinbaren.

Abg. Dr. Helfferich (Dnatl.) konzediert noch einmal den feigen und brutalen Ueberfall in das Ruhrgebiet, dem das deutsche Volk einig und geschlossen im passiven Widerstand gegenüberstehe. Es wäre aber gegen die menschliche Natur und ein Wunder, wenn wir uns gegenüber diesem ungeheuren Unrecht mit der reinen Passivität bescheiden könnten. Ein Schrei der Aktivität geht durch den ganzen Reichstag und das ganze Volk. Der Fluch der Waffenlosigkeit hat uns in diese Lage gebracht. Niemals hätte Frankreich das Ruhrabenteuer gewagt, wenn das Risiko eines neuen Kampfes gedroht hätte. Wir sind gegen Kopflosigkeit und Quertreiberei auf dem bescheiden könnten. Ein Schrei nach Aktivität geht nicht Verzweiflung. Der Redner wendet sich weiter auf Aeußerungen französischer Staatsmänner und Zeitungen, in denen deutlich ausgesprochen ist, daß man Deutschland gegenüber Gewaltmaßnahmen anwenden will, daß man nicht Verhandlungen will, sondern das Diktat. **Das deutsche Volk hat aber endlich eingesehen, daß wir uns nicht länger bieten dürfen. Das ist die große Wendung, die auch das Ausland betroffen hat. Alle Parteien sind sich einig in der unbedingten Ablehnung jeder Reparation, solange das Ruhrgebiet besetzt ist.** Verschieden sind nur die Meinungen über die Wege. Wir brauchen eine Aktivität, die den Widerstand im Volke stärkt. Wir dürfen aber nicht die Kräfte des Volkes entmutigen und jede Aktivität im Volke im Keime ersticken. Deshalb sind wir dafür eingetreten, **daß der Teuerung auch von der Seite der Valuta entgegengetreten wird,** und wir erwarten, daß

die Stützungsaktion fortgesetzt

wird, auch wenn dabei das Gold der Reichsbank aufs Spiel gesetzt wird. In diesem Kampfe ist das Reichsbankgold unser Pulver, das verschossen werden muß. (Unruhe links. Abg. Redeburr (S. I. Fr.) ruft: Und die Steuern?) Der stärkste Verbündete Frankreichs ist die Unkenntnis der Welt von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Neben der Schuld am Kriege gibt es auch eine Schuld an diesem Frieden, und darüber muß laut und deutlich gesprochen werden: **der Friede ist grässlichsten worden unter Bruch der feierlichen Zusagen, die uns von Wilson unter Zustimmung der Alliierten gemacht worden waren.** Der Anspruch auf Genugtuung und Wiedergutmachung für alles, was man uns hier unter Treubruch und Verrat angetan hat, muß endlich angemeldet werden. (Beifall rechts.) Unter dem Eindruck des deutschen Widerstandes hat das Ausland jetzt angefangen, sich über Deutschland, seine Lage und seine Rechte zu orientieren. Dem müssen wir nachhelfen. **Wir müssen das Ausland darüber aufklären, daß Deutschland sich unter den Lasten der militärischen Besetzung verblutet.** Der Redner weist hin auf die mit der Frage der Reparationen verflochtene Forderung nach „Sicherheiten". Es gibt Leute in Frankreich, die sagen, wir wollen Reparationen. Es gibt Leute, die wollen in erster Linie Sicherheit, alles andere sei ihnen gleichgültig. Es gibt Leute, die wollen Sicherheit und Reparationen. Und es gibt Leute, die sagen: Wir wollen Sicherheit gegen Reparationen. Zu den letzteren sieht Poincaré und die französische Regierung zu gehören. (Sehr richtig!) **Die „Sicherheit" ist weiter nichts als Kulisse,** sie ist ein Etikett für Annexionen. (Sehr wahr!) Lloyd George wollte die Dauer der Okkupation auf 18 Monate beschränken. Aber er fand leider keine Unterstützung, auch nicht in Deutschland. Als am 15. Juni 1919 kurz vor Unterzeichnung des Versailler Friedens, Clemenceau endlich die Zusage der Okkupation auf 15 Jahre, verkoppelt mit Reparationen, erreicht hatte, da sagt Tardieu, daß Herr Clemenceau sie erlaubt habe mit einer formellen Geste, er mußte dabei Dokumente, eine Deklaration, mit Lloyd George und Wilson unterzeichnen, **wonach die Okkupationskosten 240 Millionen Goldmark pro Jahr nicht überschreiten sollten.** Die Ueberschreitung dieser Bestimmung ist von der deutschen Regierung niemals energisch genug zurückgewiesen worden, sondern sie hat ruhig Vorschüsse für die Okkupationskosten weiter gezahlt. (Hört! Hört!) In dieser Situation heißt es ferner: Wenn Deutschland vor Ablauf der Besatzungszeit seinen guten Willen beweist, sind die alliierten Mächte bereit, sich zu berätschlagen, ob man irgend welche Aenderung der Besatzung vorgenommen werden kann. Dann heißt es weiter: Wenn es zur Liquidation der Dinge kommt, müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch das besetzte Rheinland gemäß dieser Deklaration geräumt wird. (Sehr richtig! rechts.) Das müssen wir auf Grund dieser Deklaration nicht nur im Interesse der von fremdem Joch bedrückten Bevölkerung, sondern auch der Reparation wegen verlangen, denn sonst gibt es, wenn diese Kosten der Besatzung weiterlaufen, keine Möglichkeit, daß Deutschland Reparationen herausbekommen, die das Papier wert sind, auf dem sie stehen. (Sehr richtig! rechts.) **Es geht Frankreich nicht um Reparationen, nicht um Sicherheit, sondern um Schwächung und Zerreißung Deutschlands.** Ich gipfelte mich, daß ein solches Angebot der deutschen Regierung, auch wenn es ein solches wäre, das die Regierung nur irgendwie noch vor dem deutschen Volke verantworten kann, von Poincaré von neuem mit Hohn abgelehnt werden wird. Ich befürchte von einem solchen Angebot sogar eine schlechte Wirkung bei den andern Staaten. Wenn wir Deutsche entschlossen sind zum Widerstand und schlossen sind, den Widerstand jusqu'au bout fortzusetzen, wissen und unsere Widerstandskraft uns die Wege ebnen kann, dann frage ich: Was müssen die Völker draußen in der Welt, für die der Begriff der nationalen Ehre ein lebendiger Begriff ist, davon halten, wenn ein Volk, dem die größte Schmach angetan worden ist und noch Tag für Tag angetan wird, schon jetzt nach drei Monaten einem Unterwerfungsangebot entgegensieht? (Sehr wahr! Abg. Breitscheid (Soz.): Die ganze Oeffentlichkeit in England wünscht das!) Muß da nicht der Eindruck entstehen, daß Deutschland am Ende ist? (Widerspruch links.) Auch die Herren Müller und Dr. Breitscheid haben doch gesagt, daß unsere Widerstandskraft ungebrochen ist und wir, entschlossen sind, den Widerstand jusqu'au bout fortzusetzen, um mit Herrn Poincaré zu sprechen. . . Herrn Stresemann kann ich zudem, was die „Vossische Zeitung" heute zu seinen Ausführungen bemerkt, nur dazu beglückwünschen, daß er einen „Rückzieher von der Antwort." (Lachen.) Die Rede Helfferichs diene nicht dem Frieden, sondern peitsche nur die nationalen Leidenschaften auf. Nur die Arbeiter könnten in Europa Frieden schaffen.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.) geht näher auf die französischen Pläne bezüglich des Rheinlandes ein. Man verfolge jetzt den Plan der Schaffung eines neutralen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches. Man gebe vor, die Rheinländer vom „preußischen Joche" befreien zu wollen. Wie diese Freiheit aussehe, erlebe man im Rheinland täglich. Auch die Wiederherstellungspläne ist das unglückliche Saargebiet ein abschreckendes Beispiel. Unter internationaler Gendarmerie gestellt zu werden, ist eine noch größere Entwürdigung als feindliche Besetzung. Die Engländer werden sich nach sehr wundern, wenn die rheinischen Bahnen in französischen Händen sind. Die Krönung würde die Zollinie am Rhein sein. **Die Internationalisierung ist gleichbedeutend mit Annexion.** Ueber eine Entmilitarisierung wollen wir gern diskutieren. Wenn Frankreich seine Truppen abziehen will, wird Deutschland gern mitmachen. **Frankreich fürchtet geradezu, bezahlt zu werden.** Ein direktes deutsches Angebot würde keine Aussicht auf Erfolg haben. Es muß alle Taktik aufgewandt werden, daß die Besatzung abgebaut werde. Ein Volk, das für sein heiligstes Gut kämpft, wird schließlich auch mit seinen sittlichen Kräften über alle Schwierigkeiten Herr werden. (Beifall rechts.)

Abg. Frölich (Komm.) bedauert die Zweideutigkeit der Regierungserklärungen. Das Ausland werde sich dadurch nicht irreführen lassen. Dem Kanzler sei die Ablehnung gewesen zwischen Müller-Franken und Dr. Stresemann.

Damit schließt die Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird gegen die Kommunisten bewilligt. Der Haushaltsplan für das Auswärtige Amt wird genehmigt.

Donnerstag 2 Uhr: Wirtschaftsministerium.

Die Münchener Haftbefehle.

TU **München**, 18. April.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, sind die Haftbefehle gegen die Redakteure Weger und Eckart jetzt bei den bayerischen Behörden eingetroffen, jedoch bisher noch nicht vollzogen worden. Eine Erklärung der Nationalisten besagt, daß es jetzt der bayerischen Regierung überlassen bleibe, den Versuch zu machen, Eckart und Weger gewaltsam hinter Schloß und Riegel zu bringen.

eca. **München**, 18. April.

Zu der Meldung der Münchener Blätter, daß die Haftbefehle gegen die Redakteure Weger und Eckart bereits in München vorliegen, erfahren wir, daß sie bis jetzt von amtlicher Stelle in München keine Bestätigung gefunden hat. Die Frage der weiteren Durchführung der Prozesse vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes wird voraussichtlich Gegenstand einer Aussprache zwischen den Berliner zuständigen Stellen und dem bayerischen Justizminister Dr. Gürtner, der sich auf einer längeren Dienstreise befindet und sich zurzeit in Meiningen aufhält, sein. Im übrigen werden noch mehrere Prozesse gegen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei und der vaterländischen Verbände Bayerns vor dem Staatsgerichtshof stattfinden.

— Die Maßnahmen Preußens gegen die Deutschvölkischen. Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages sollten die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen die Reichsleitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei behandelt werden. Die Antragsteller, denen nach § 31 der Geschäftsordnung das Recht der Anwesenheit zusteht, hatten dieses Recht beansprucht, waren aber durch Vertagung am Erscheinen verhindert. Es mußte daher dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Französische Justiz.

(Eigener Drahtbericht.)

B **Aus dem Ruhrbezirk**, 16. April.

Kriminalkommissar Wilotzki, der seinerzeit nach der Ermordung des französischen Soldaten Schmidt als Geisel festgenommen worden war und, nachdem er kurze Zeit in Freiheit gesetzt worden war, wieder verhaftet wurde, ist von den Franzosen eröffnet worden, er werde **sechs Monate in Haft behalten, weil der Mörder nicht ermittelt werden sei.** Es hat keinerlei Gerichtsverhandlung gegen Wilotzki stattgefunden, und es wurde ihm auch keine Gelegenheit geboten, sich hierzu zu äußern. Die Verfolgung des Täters zu leiten, war er wegen seiner Verhaftung keinesfalls imstande. Von den deutschen zuständigen Behörden sind die erforderlichen Schritte zur Freilassung des Kommissars eingeleitet worden.

Castrop, 18. April.

Das Kriegsgericht verurteilte nach längerer Verhandlung den Prokuristen Höllemann der Firma Schlesinger in Werdohl **zu zwei Monaten Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe.** Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, dem Verkauf gemacht zu haben, drei Wagen mit Eisenmaterial ohne Ausfuhrgenehmigung ins unbesetzte Gebiet zu schaffen und zu diesem Zwecke französische Soldaten bestochen zu haben. Der auf 12 Monate lautende Strafantrag wurde ermäßigt, da es sich um Waren handelte, die zu Wiederherstellungsarbeiten in Belgien bestimmt waren.

Hörde, 18. April.

Der Reichsbankrat Rauschke wurde vom französischen Militärgericht in Witten wegen fahrlässigen Zerreißens einer Vorladung und Bedrohung einer französischen Militärperson zu **6 Monaten Gefängnis und 500 000 .M Geldstrafe** verurteilt. Die Verteidigung des Angeklagten hatte Rechtsanwalt Dr. Grimm aus Essen übernommen. Eine Zustellung des Urteils ist bisher nicht erfolgt.

Eine Kohlenhalde im Brand.

eca. **Horst**, 18. April.

Auf der Zeche Nordstern Schachtanlage 3 und 4 ist die große Kohlenhalde in Brand geraten. Die Belegschaft streikt. Sie wird die Arbeit wieder aufnehmen, wenn nur Deputatkohle gefördert wird. In diesem Sinne hat der Betriebsrat auch mit den Besatzungsbehörden verhandelt.

Eine neue Schikane der Rheinlandkommission

EP **Paris**, 18. April.

Die Rheinlandkommission hat am Mittwoch eine neue Ordonnanz erlassen, wonach der Automobilverkehr auf den Straßen des Ruhrgebietes eingeschränkt werden soll. Es ist vorgesehen, daß Erlaubnisscheine eingeholt werden müssen, um die Straßen mit Automobilen befahren zu dürfen. Bei Zuwiderhandlungen sollen die Automobile beschlagnahmt und verkauft werden.

Essen, 18. April.

In Bochum haben die Franzosen gestern drei Kohlenlastkraftwagen „beschlagnahmt". Auch aus Herne werden solche Beschlagnahmungen gemeldet. Die Kraftwagenführer verweigern die Annahme der französischen Passierscheine.

Kaiserslautern, 18. April.

Ueber Kaiserslautern wurde gestern von neuem eine Nachtverkehrssperre wegen angeblicher Sabotagehandlungen an den Fernsprechleitungen auf sechs Tage verhängt.

Preußischer Landtag.

Der preußische Landtag beendete gestern die zweite Lesung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums. Erwähnenswert aus der Debatte, in der eine Unmenge von Einzelwünschen vorgebracht wurden, ist die Ablehnung des Antrags der Deutschen Volkspartei auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der bei der Vergebung von Wohnungen durch die Wohnungsämter hervorgetretenen Mißstände. Nachdem noch eine Reihe von Vorlagen den zuständigen Ausschüssen überwiesen waren, wandte sich das Haus der zweiten Beratung des Tuberkulosegesetzes zu.

Msg. Testa in Berlin.

TU **Berlin**, 18. April.

Der päpstliche Delegat Msg. Testa, der im Auftrage des Papstes das Ruhrgebiet bereist hat, trifft heute in Berlin ein. Testa wird dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler Besuche abstatten, wobei er, wie wohl anzunehmen ist, auch über seine im Ruhrgebiet empfangenen Eindrücke berichten dürfte.

— Die Tagung des Verbandes Deutscher Privatbankiers. Die diesjährige Verbandstagung des Verbandes Deutscher Privatbankiers, Sitz Dresden, wird als zweite ordentliche Mitgliederversammlung am 9. und 10. Juni in Oberhof in Thüringen stattfinden. Die Einladungen werden alsbald ergehen.

— Dienstjubiläum General von Lochows. Am 19. April feiert der kommandierende General des dritten Brandenburgischen Armeekorps im Weltkrieg, General der Infanterie v. d. von Lochow, die 50jährige Wiederkehr seines Diensteintrittes in die einstige preußische Armee. Unter ihm machte das märkische Korps die Marneschlacht, die Schlachten bei Bailly-Soupir-Soissons, Arras, Verdun (Douaumont) und den serbischen Feldzug mit. von Lochow erhielt als einer der ersten kommandierenden Generale das Soldenen Orden pour le mérite und für seine Verdienste in Serbien das Eichenlaub dazu. Später trat General von Lochow an die Spitze der türkischen Armee.

„— Widerstand bis zum Aeußersten."

Gießen, 17. April.

Die hier versammelten Funktionäre des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes aus dem altbesetzten und dem Einbruchsgebiet haben eine Entschließung angenommen, in der sie sich mit dem Hauptvorstande des Verbandes darin einig erklären, **daß dem immer stärkeren und brutaleren Pochen des feindlichen Militarismus eine immer geschlossenere Abwehrfront des unerschütterlichen passiven Widerstandes gegenübergestellt werden muß,** bis wir durch die Wiederkehr politischer Vernunft auf den Weg gleichberechtigter Verhandlungen gelangen können. Die unter Verhaftungen, Mißhandlungen, Vertreibungen und Ausweisungen leidenden und kämpfenden Eisenbahner wissen, daß sie für das elementarste Menschenrecht auf Arbeit und Brot, für die höchsten Gebote der Kultur und Moral, für die Freiheit und Recht streiten. Diese Gewißheit gibt ihnen die stärkste Kraft zum **Widerstande bis zum äußersten.** Sie gibt ihnen aber auch das Recht, von den bestenden Schichten Deutschlands diejenigen Opfer zu verlangen, die diese zu leisten imstande sind und die gegenüber den Leiden und Opfern der westlichen Eisenbahner verschwindend gering bleiben. Selbstlose Treue ist die stärkste Waffe im Abwehrkampf, sie allein verbürgt den Endsieg. Den von den neuen französischen Gewaltmaßnahmen betroffenen Kollegen sprechen die Versammelten ihr tiefstes Solidaritäts- und Mitgefühl aus.

Hierzu eine Beilage.